

liberalen könne durch seinen gegen die anderen Präsidialparteien gerichteten Schritt nur weiter erschwert werden. Nach allem müsse man jaß bezweifeln, ob dieser Schritt schon als ein endgültiger bezeichnet werden könne. Die „Kreuztg.“ nimmt in ihrem Morgenblatt von dem Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe noch keine Notiz.

Kapital und Arbeit.

Der Begriff Kapital ist nicht leicht zu umschreiben. Man versteht wohl richtig unter Kapital denjenigen Besitz, der sich lediglich in Geldzählen ausdrücken läßt, also erstens Münze und Wertpapiere, zweitens Forderungen an andere. Dagegen gehört Grundbesitz ebensowenig zum eigentlichen Kapital, wie Warenvorräte oder Mobilien.

Wie wird Kapital gebildet? Vom Sparer. Kapital entsteht durch Sparen. Die Differenz zwischen dem Geld, das man verdient und dem, das man ausgibt, ist erspart und bildet das Kapital.

Es ist also ein großer Unterschied, ob Geld zur Erzeugung oder zum Konsum von Gütern verwendet wird. Zur Erzeugung von Gütern dient das Kapital. Allerdings kann Geld allein keine Werte produzieren, dazu bedarf es der Verbindung mit der Arbeit. Die letztere allein ist aber ohne Geld auch nicht produktiv, beide Faktoren sind durchaus gleichwertig und können Effekte nur gemeinsam ausüben.

Sowie Gelder angelegt sind, etwa in der Industrie oder für die Herstellung von Wohnhäusern oder in jeder beliebigen anderen Weise, sind sie dem Verkehr dauernd entzogen, denn wenn jemand für eine Million Mark eine Fabrik baut und diese Fabrik für denselben Preis wieder verkauft, so bleibt der Wert doch dauernd dem Verkehr entzogen, denn es spielt in der Volkswirtschaft keine Rolle, wer das bare Geld zahlt, sondern es kommt allein darauf an, daß es im Verkehr nicht mehr vorhanden ist. Das Kapital kommt nur dadurch wieder zum Vorschein, daß das Unternehmen produktive Arbeit leistet, lohnende Arbeit also, die Gewinn bringt und Ersparnisse ermöglicht. Würde das Unternehmen

unproduktiv sein, also dauernd ohne Gewinn arbeiten, oder gänzlich stillliegen, so ist eines Tages das Kapital spurlos verschwunden. Dieses Risiko wegen ist es begreiflich, daß man für Gelder, welche zur Bildung neuer Werte, also Industrie-Unternehmungen usw. verwendet werden, gewissermaßen eine Risikoprämie beansprucht, welche in den höheren Zinssätzen, die für Industriegeld bezahlt werden, zum Ausdruck kommt. Wenn jemand Ackerland kauft, so schafft er damit keine neuen Werte, denn dieses Land war schon vorhanden, stand schon in Kultur und bringt eine verhältnismäßig genau zu berechnende Rente, aus der sein Preis unter Berücksichtigung des Ertrag-Risikos zu ermitteln ist.

Deutschland gehört nicht zu den reichen Ländern. Die Möglichkeit, in größerem Umfange Ersparnisse zu machen, Kapitalien zu bilden, ist bei uns erst einige Jahrzehnte alt. Tatsächlich besteht diese Möglichkeit aber jetzt in hohem Maße, denn allein die Spargelder der sogenannten kleinen Leute betragen alljährlich verschiedene hundert Millionen Mark. Wir sind also auf gutem Wege, ein wohlhabendes Land zu werden, wie wir es im Mittelalter schon waren. Hierzu trägt noch ein anderer Umstand bei. Unsere Bevölkerung wächst, wie allgemein bekannt ist, ziemlich gleichmäßig und sehr bedeutend, deshalb pochen alljährlich hunderttausende von Menschen an die Türen unserer Volkswirtschaft und verlangen Arbeit gegen Lohn. Wir verfügen also über beide Elemente, die erforderlich sind, Werte zu schaffen, Kapital und Arbeit, und dadurch wird lawinenartig unser Volkwohlstand und unsere Macht wachsen.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Eine neue preussische Wahlrechtsvorlage. Die „Nieler Neuest. Nachr.“ erfahren zuverlässig, daß die Ankündigung des Centrumsabgeordneten Schmedding in einer öffentlichen Versammlung in Münster von einer bereits für die nächste Landtagsession bevorstehenden neuen preussischen Wahlrechtsvorlage den Tatsachen entspricht. Die Zustellung der Vorlage an den Landtag erfolgt

bereits bei dessen Wiederzusammenkunft. Das preussische Staatsministerium hat sich in den letzten Tagen schon mit den prinzipiellen Grundlagen des Wahlgesetzes beschäftigt.

Die hößlichen badischen Sozialdemokraten. Als in der badischen Zweiten Kammer am Freitag zu Beginn der Sitzung der Präsident auf den Geburtstag des Großherzogs hinwies und um die Genehmigung zur Absendung eines Glückwunschtelegramms nachsuchte, erhoben sich auch die sämtlichen Sozialdemokraten zustimmend von ihren Sitzen. — Nun kann der „Vorwärts“ wieder ein Scherengericht für den diesjährigen Parteitag vorbereiten.

Frankreich.

Die Eisenbahnerbewegung in Frankreich. Man rechnet mit ziemlicher Gewißheit auf den Ausbruch des Streiks der Eisenbahner, da die Gewerkschaftsführer sich bereits zu weit in ihrer Aktion vorgewagt haben, hält aber auch eine schwere Niederlage der Streikenden dank den energischen Regierungsmahnahmen für sicher. Für den Fall, daß die militärisch aufgebotenen Eisenbahner die Mobilmachungsborder nicht befolgen sollten, werden sie mit schweren Freiheitsstrafen belegt werden. Für den Fall der Arbeitsverweigerung seitens einberufener Mannschaften ist ein bis zwei Jahre Gefängnis gesetzt. Die Beschädigung und Zerstörung von Maschinen und anderem Material nebst Arbeitsverweigerung wird als Meuterei betrachtet und mit dem Tode bestraft.

Bestrafte Meuterer. Das Kriegsgericht hat 5 Reservisten, die wegen der Meuterei im Lager bei Nimes am 23. Mai unter Anklage gestellt worden waren, zu 2 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Interpellation. In der Deputiertenkammer richtete der Sozialist Bouisson eine Interpellation an die Regierung wegen der gesetzwidrigen Verwendung von Afrikanern an Bord französischer Dampfer. Er machte dem Unterstaatssekretär Cheron den Vorwurf, daß er sich in parteilicher Weise in den letzten Zustand der eingeschriebenen Seeleute in Marseille eingemischt habe. Cheron erwiderte, er habe nur seine Pflicht getan, indem er die sozialen Gesetze zur Anwendung gebracht, die Verwahrlosung, Unordnung zu stiften, unterdrückt und die Verhaftung der Disziplinbrecher angeordnet habe. Das Haus nahm sodann mit 367 gegen 95 Stimmen eine Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausspricht.

England.

Ein englisches Urteil über den russisch-japanischen Vertrag. Auch Englands Politiker verhehlen sich nicht, daß der russisch-japanische Vertrag gegen Amerika gerichtet ist. Doch werden auch andere Großmächte seine Folgen unliebsam zu verspüren haben. Die „Daily News“ führen hierzu aus: „Man braucht durchaus kein Seher zu sein, um zu erkennen, daß durch den neuen Vertrag Chinas Souveränität in der Mandschurei bedroht ist. Diese Tatsache geht alle Großmächte an; sie haben nicht nur davon, Notiz zu nehmen, sondern werden in kommerzieller Hinsicht die Folgen bald deutlich spüren. Rußland und Japan belegen die Mandschurei für sich mit Beschlag; hierdurch wird aber die offene Tür zu diesem großen, fruchtbaren Gebiet verschlossen. Als große Handelsnation werden wir dies bald verspüren; noch mehr wird aber die nordamerikanische Union davon betroffen werden. Die Vereinigten Staaten sind immer die besten Freunde Chinas gewesen. Beide sind die stärksten Protagonisten des Handels, die zueinander gehören. Durch das russisch-japanische Abkommen wird die Lage im fernen Osten einer bedeutenden Veränderung unterworfen. Vor allem Amerika wird die veränderten Folgen bereits in kurzer Zeit zu spüren haben.“

Spanien.

Spanien und der Vatikan. Im Senat verlas der Ministerpräsident Canalejas den Entwurf zu dem sogenannten „Gesetz Cadenas“, das die Niederlassung neuer religiöser Gesellschaften in Spanien untersagt, bis die Verhandlungen zwischen Madrid und dem Vatikan über die Reform des Konkordats beendet sind.

Balkanhalbinsel.

Die Kreter geben nach. Die „Aöln. Ztg.“ meldet aus Kanea: Die Krisis ist durch Nachgeben der Opposition gelöst, die Venizelos schriftlich erklärte, sie halte an der Ansicht fest, daß die Muhammedaner auszuschließen seien, erkenne aber das Recht der über die Mehrheit verfügenden Regierung an, den kretischen Schutzmächten die Zulassung von Muhammedanern zuzusagen. Die Opposition werde der Regierung helfen, die Ord-



König Alfons und Ministerpräsident Canalejas im königlichen Arbeitszimmer.
Zum Konflikt zwischen Spanien und dem Vatikan.

Canalejas, der neue radikale Ministerpräsident Spaniens, hat durch seine energischen Mahnahmen zur Herstellung der Glaubensfreiheit für die nicht katholischen Religionsgemeinden des Landes die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Canalejas wußte den König Alfons zur Veröffentlichung eines Erlasses zu bewegen, in dem

den Nichtkatholiken Spaniens gestattet wird, Abzeichen an ihren Gotteshäusern anzubringen und öffentlichen Gottesdienst zu halten. Diese Konzessionen haben zu einem Konflikt zwischen Spanien und dem Vatikan geführt. — Unser Bild zeigt König Alfons XIII. in seinem Arbeitszimmer während einer Konferenz mit Canalejas.